

An die Lokalpresse

## **Erfolgreiche Bündnispolitik nicht in Frage stellen**

### **Städtisches Aktionsprogramm gegen Rechts und Antidiskriminierungsstelle einrichten**

Nur vier Tage nach der großen Demonstration gegen Rechts am vergangenen Sonntag stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kufen die Bündnispolitik in Frage, die erst zu diesem Erfolg beigetragen hat. Das ist ein Affront gegen das Bündnis „Essen stellt sich quer“, ohne das diese Demonstration nicht zustande gekommen wäre. DIE LINKE fordert dazu auf, Gedankenspiele über eine gegenseitige Ausgrenzung zu unterlassen und erinnert stattdessen an die auch von ihr mehrfach im Rat angeregte Diskussion um ein städtisches Aktionsprogramm gegen Rechts.

„Die Ratsfraktionen sollten endlich gemeinsam ein städtisches Aktionsprogramm gegen Rechts auf den Weg bringen und eine Antidiskriminierungsstelle bei der Stadt einrichten, die auch helfen kann, Aktivitäten gegen Rechtsextreme zu koordinieren“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Die Demonstration gegen HoGeSa war ein beeindruckender Protest über alle weltanschaulichen und religiösen Grenzen hinweg für ein friedliches Zusammenleben aller gesellschaftlichen Kräfte. Und bei 180 Organisationen, die aufgerufen hatten, da müsste doch eigentlich jede beteiligte Organisation die eine oder andere ‚aushalten‘, die ihr nicht sonderlich nahesteht. Ausgrenzung schadet dem gemeinsamen Anliegen, faschistische und rassistische Bewegungen zu bekämpfen. Das lehrt uns die Geschichte.“

Aus Sicht der Ratsfraktion DIE LINKE hat die Stadt Essen einigen Nachholbedarf, was kommunale Aktivitäten gegen Rassismus und Rechtsextremismus angeht. In Dortmund gibt es z.B. seit Jahren eine vom Rat beschlossene und initiierte „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und eine auch vom Land geförderte Beratungsstelle. Auch Düsseldorf und Köln sind besser aufgestellt.

Die Kreissprecherin Sonja Neuhaus ergänzt: „Wir treten dafür ein, bereits bestehende Bündnisse wie ‚Essen stellt sich quer‘ besser zu unterstützen. Schließlich gab es solche Plattformen bereits, als die CDU das Thema noch nicht für sich entdeckt hat, sondern zu denen gehörte, die selbst Vorurteile und Ressentiments gegen Zuwanderer schürte, und zum Teil heute noch schürt. Deshalb ist es unredlich, wenn die CDU sich jetzt als die besseren Demokraten darstellen will.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung